

IM DÄMMERLICHT

Lange Zeit schien die Sonne über der Solarbranche. Mittlerweile ist die Dämmerung angebrochen. Der Preiskampf der vergangenen Jahre hat Spuren hinterlassen.

Die Liste der Verlierer ist lang und weist große Namen auf: Q-Cells, den einstigen Branchenprimus etwa, oder Solar Millennium, Solon und Sovello. Weitere Unternehmen kämpfen gegen die Krise. Aleo Solar, beispielsweise, ist so tief ins Minus gerutscht, dass die Konzernmutter Bosch die Geduld verlor und ihren Rückzug bekanntgab. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Die Europäische Union wirft China vor, die eigene Solarindustrie so großzügig zu unterstützen, dass diese zu Dumpingpreisen produzieren könne. Dabei hat Europa seine Solarunternehmen ebenfalls mit

hohen Summen gefüttert. Nun aber droht die EU mit hohen Strafzöllen auf Solarprodukte aus dem Land des Drachens. Bis zu 47 Prozent könnte der Aufpreis betragen. Peking kontert, man prüfe ebenfalls Handelshemmnissen auf europäische Güter, nicht nur aus der Solarbranche. In der deutschen Wirtschaft warnen erste Stimmen schon vor einem Handelskrieg mit China, bei dem beide Seiten verlieren würden.

Denn es sind keinesfalls nur die europäischen Anbieter, die ins Straucheln geraten. 2012 war der chinesische Konzern LDK bei der Konstanzer Sunways AG eingestiegen. Die Insolvenz seiner Tochter konnte LDK damit nicht verhindern. Vielmehr: Der Konzern selbst konnte im April eine Anleihe nicht fristgemäß bedienen. Einen Monat zuvor hatte es Suntech in gleicher Form erwischt.

Die Krise der Großen schlägt längst durch auf die Kleinen. Viele regionale Anbieter von Leistungen wie Installation oder Wartung von Solaranlagen leiden ebenfalls. Viele Hausbesitzer verschieben die Investitionen wegen der unklaren Förderungs-lage nach hinten, heißt es aus der Branche.

Über die Sonnenkönige bricht die Dämmerung herein.



EDITORIAL



Eines ist sicher: der Sommer kommt. Es bleibt nur abzuwarten, wie sich die Großwetterlage entwickeln wird. Das gilt sprichwörtlich auch für die wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Fundamentaldaten bleiben diffus. Die Finanzlage in süd-europäischen Ländern und die Rahmenbedingungen in Frankreich bleiben auch auf absehbare Zeit angespannt. Die Geldpolitik mit historisch niedrigen Zinsen beflügelt nur teilweise die Konjunktur; so sind die Exportaussichten zwischenzeitlich eingetrübt, nachdem auch eine Erholung der chinesischen Volkswirtschaft ins Stocken gerät. In der Folge sind bereits herbe Kursverluste, jedenfalls temporär aufgetreten.

Tobias Hirte

NAMEN & NACHRICHTEN

Max Stadler ist tot

Max Stadler ist im Alter von 64 Jahren überraschend gestorben. Der bayerische FDP-Politiker und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium prägte viele Jahre die liberale Rechtspolitik und galt als enger Vertrauter von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Centrotherm ist saniert

Der Konzernumbau bei Centrotherm ist beendet. Der Hersteller von Equipment für die Photovoltaikproduktion wird von dem Branchenprimus Isra Vision gekauft. Im kommenden Jahr will Centrotherm wieder schwarze Zahlen schreiben.

Flexstrom ist insolvent

Der Strom- und Gasmarkt hat einen weiteren Insolvenzfall. Der Billiganbieter FlexStrom und FlexGas sind zahlungsunfähig. Mehr als eine halbe Million Kunden sind von der Pleite betroffen. Nach einem Bericht des Handelsblattes ist auch der Anbieter Care Energy im Visier der Bundesnetzagentur.

Gutes Ende

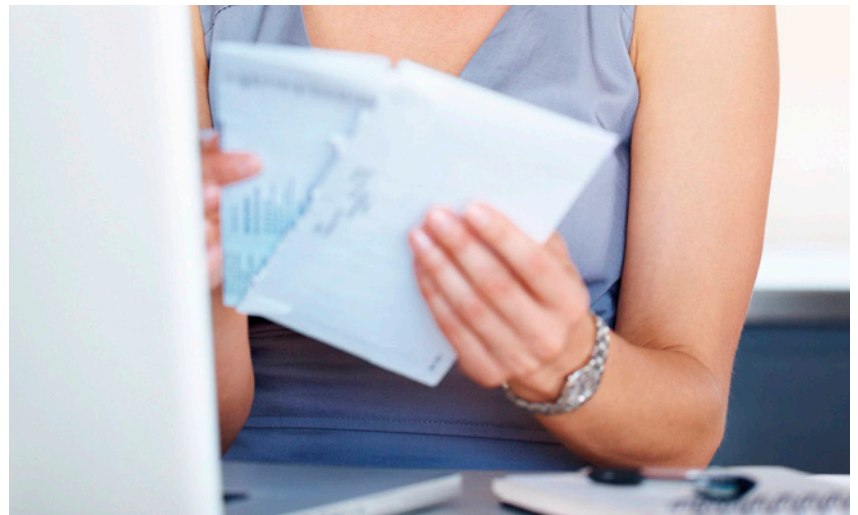
Der Autozulieferer Neumayer Tekfor kann nach dem Erwerb durch die indische Amtek Auto Ltd. das Schutzschirmverfahren beenden. Wie das Unternehmen mitteilte, hätten die Gläubiger dieser Lösung mit großer Mehrheit zugestimmt. Alle Gesellschaften sollen erhalten bleiben, betriebsbedingte Kündigungen werde es nicht geben.

WER WEISS WAS?

Post vom Insolvenzverwalter kann ernüchtern. Ob Lieferant, Kunde, Leasinggeber, Versicherer oder Kreditgeber – es stellt sich immer die gleiche Frage: Verliere ich Geld und wenn ja, wie viel? Hat das insolvente Unternehmen kurz vor seinem Antrag noch eine Zahlung geleistet oder eine andere Rechtshandlung begangen, kann diese womöglich vom Insolvenzverwalter angefochten werden. Entscheidend dabei ist der Informationsstand des Empfängers dieser Handlung. Teil 2 unserer kleinen Reihe.

Oftmals ist es Teil des Risikomanagements, die Geschäftspartner systematisch auf Zahlungsschwierigkeiten hin zu untersuchen. Der genaue Blick auf den Geschäftspartner schützt vor eigenen Verlusten oder hilft, sie zu begrenzen.

stände kannte, aus denen er auf eine Zahlungsunfähigkeit des Schuldners hätte schließen können. Steht der Begünstigte dieser Rechtshandlung zudem noch in einem engen, etwa verwandtschaftlichen Verhältnis zum insolventen Schuldner, darf



Die Frage, wie schnell ein Unternehmen von der Zahlungsunfähigkeit seines Gegenübers wusste, ist zentral, wenn Transaktionen angefochten werden. Die Insolvenzordnung schreibt vor, dass Rechtshandlungen angefochten werden können, wenn sie in den letzten drei Monaten vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommen wurden, wenn zur Zeit dieser Handlung der Schuldner bereits zahlungsunfähig war und der Gläubiger dies auch wusste. Dabei reicht es aus, dass der Gläubiger Um-

der Insolvenzverwalter sogar automatisch davon ausgehen, dass ihm die kritische Lage des Schuldners bekannt war.

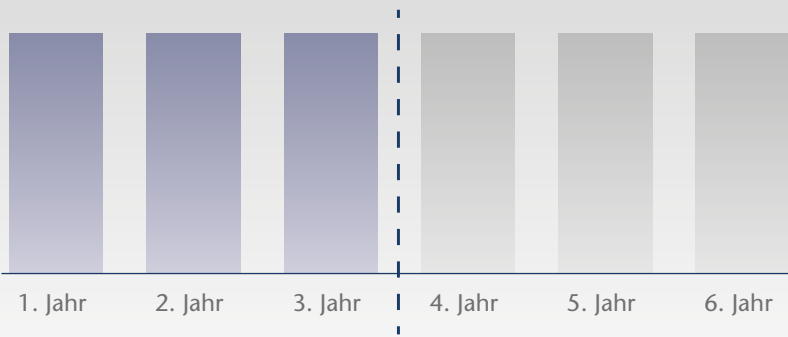
Das Anfechten solcher Handlungen dient am Ende jedoch allen Gläubigern – auch dem, der Ziel einer Anfechtung wurde. Die Rückabwicklung solcher Transaktionen stärkt die Masse, aus der am Ende des Verfahrens alle Gläubiger bedient werden. Nur so kann die Post vom Insolvenzverwalter auch einmal nicht so ernüchternd ausfallen.

REFORM OHNE WIRKUNG

Die Absicht der Abgeordneten ist ehrenhaft: Überschuldete Privatpersonen sollen schneller als bisher von ihren Schulden herunterkommen. Deshalb hat der Bundestag jetzt die **Regeln zur Verbraucherinsolvenz** reformiert. Nur: Die neuen Regeln werden in der Praxis kaum greifen.

Befreiung von den Restschulden nach drei Jahren möglich.

Mindestens 35 % der ausstehenden Forderungen bedient und die Kosten des Verfahrens getilgt



Verschuldete Verbraucher oder Existenzgründer sollen sich künftig von ihren Verbindlichkeiten schon nach drei statt bisher sechs Jahren befreien lassen, wenn sie in diesem Zeitraum mindestens 35 Prozent der ausstehenden Forderungen bedient und die Kosten des Verfahrens getilgt haben. Können lediglich die Verfahrenskosten gedeckt werden, verkürzt sich das Verfahren immerhin um eines auf fünf Jahre. Damit entstehe ein Anreiz sich anzustrengen, um wenigstens einen Teil der Schulden zu begleichen, heißt es in der Gesetzesbegründung.

Kritik an der neuen Regelung bleibt nicht aus. Experten bemängeln, die 35-Prozent-Quote sei zu hoch. Nur etwa fünf Prozent, schätzt der Verband der Insolvenzverwalter Deutschlands (VID), können über diese Hürde springen. Im Schnitt würden lediglich Quoten von rund zehn Prozent erreicht. Der Bundesver-

band der Verbraucherzentralen fordert deshalb eine Abschaffung der Mindestquote.

Der Bankenverband hingegen geißelt den „gesetzlichen Schuldenerlass um 65 Prozent“ und fürchtet Fehlanreize bei Schuldner sowie hohe Forderungsausfälle bei Gläubigern. Nach Berechnungen des Verbandes müssten alleine die Banken pro Jahr auf einen zweistelligen Millionenbetrag aus ihren Insolvenzerlösen verzichten. Das höhere Ausfallrisiko könnte Kredite verteuern. Gleiches befürchtet auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag. Er sieht in der Reform eine „Schwächung der Zahlungsmoral“.

Im vergangenen Jahr meldeten in Deutschland rund 130.000 Menschen Privatinsolvenz an, 6,6 Millionen gelten nach Angaben von Creditreform als überschuldet.

TERMINE

Juni 2013

Mitarbeiterschulung Steuerrecht in der Insolvenz
am 7. Juni 2013 in Frankfurt
▶ ausführliche Information

Schiffsfinanzierung in schwerer See
am 7. Juni 2013 in Hamburg
▶ ausführliche Information

Outsourcing im Bankensektor
am 10. Juni 2013 in Frankfurt
▶ ausführliche Information

Liquiditätssteuerung
am 17. Juni 2013 in Frankfurt
▶ ausführliche Information

Funds Transfer Pricing Banken
am 18. Juni 2013 in Frankfurt
▶ ausführliche Information

REMIT, MiFID, EMIR & Co.
am 18. Juni 2013 in Berlin
▶ ausführliche Information

Praxiswissen Kreditvertragsrecht
am 19. Juni 2013 in Frankfurt
▶ ausführliche Information

Gewinnspiele in Banken & Sparkassen
am 20. Juni 2013 in Frankfurt
▶ ausführliche Information

HR-Compliance in der Bank
am 25. Juni 2013 in Frankfurt
▶ ausführliche Information

Capital Markets 2013
am 25. Juni 2013 in Frankfurt
▶ ausführliche Information

Update Sanierungsrecht in der Bankpraxis
am 25. Juni 2013 in Frankfurt
▶ ausführliche Information

Juli 2013

Mitarbeiterschulung Verfahrensbearbeitung
am 5. Juli 2013 in Köln
▶ ausführliche Information

Arbeitsrecht in der Insolvenz
am 8. Juli 2013 in Frankfurt
▶ ausführliche Information

Schutzschirm und Eigenverwaltung
am 9. Juli 2013 in Frankfurt
▶ ausführliche Information